Handels- und Industrie-Zeitung

Das Geld aus Amerika

Die Spekulation ist sehr optimistisch

Nur ein Thema kennt die Börse heute: die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. Man spricht dabei von sogenannten Amerikawerten und meint damit die Aktien der Gesellschaften, von denen man mit mehr oder weniger Berechtigung annimmt, daß ihnen aus der Freigabe irgendwelche Vermögensvorteile entwachsen. Vage Vermutungen werden kolportiert und geheimnisvolle Zusammenhänge angedeutet. Und die Spekulation befaßt sich mit diesen Werten, die sich bisher nicht unterschieden von den andern Papieren, mit einer Intensität, die erstaunlich ist. Noch verwunderlicher aber ist der Optimismus, in dem sich der sonst so nüchterne Effektenhandel wiegt über den Kurswert der plötzlich so begehrten Papiere. Nur allzu gläubig lauscht man der Mär von der bevorstehenden Rückgabe des deutschen Eigentums, und vergißt dabei ganz, daß sich der amerikanische Kongreß mit den privaten Plänen der Interessentengruppen noch gar nicht befaßt hat. Und wenn gewisse amerikanische Blätter, die von den Haussiers mit Vorliebe zitiert werden, die beabsichtigte Regelung als „ganz besonders günstig" hinstellen — dann sollte man noch skeptischer werden und nicht in völliger Verkennung der Sachlage gewisse Papiere an einem Tage hurtig um 10 Prozent höher setzen.

Wie weit sind denn die Dinge eigentlich gediehen? Die Interessentengruppen haben sich auf einen Entschädigungsplan geeinigt, und diesen gestern, wie dem „Deutschen Handelsdienst" gefunkt wird, dem Staatssekretär Mellon vorgelegt, der nach der „Chicago Tribüne" eine „möglichst schnelle Regelung" wünscht. Und Senator Borah soll nach dem gleichen Blatte dem Plane begeistert zugestimmt haben. Amerika soll nach den Vereinbarungen eine Obligationsanleihe mit einer Laufzeit von 25 Jahren ausgeben, die mit einer 5prozentigen Verzinsung die amerikanischen Ansprüche an Deutschland decken und gleichzeitig die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika garantieren soll. Von den auszugebenden Ausgleichsbonds werden die deutschen Schiffahrtsgesellschaften sowie die Patentinhaber etwa 100 Millionen Dollar erhalten. Dieser Plan ist nun für Deutschland durchaus nicht günstig, wie man nur zu gern glaubhaft machen möchte; denn Amerika behält die Sachwerte in seinen Händen. Der Grund, warum Amerika sich darauf beschränken will, lediglich Obligationen auszugeben, ist klar erkennbar, denn es ist längst offenes Geheimnis, daß hinter den Kulissen zwischen der amerikanischen Regierung und den Verwaltern fremden Eigentums sowie den Inhabern deutscher Patente, d. h. allen Interessierten ein erbitterter Kampf stattgefunden hat, der schließlich damit endete, daß die amerikanische Regierung ein nicht gerade sehr ehrenvolles Kompromiß schloß.

Deutschland ist vor allem dadurch geschädigt, daß lediglich Obligationen und nicht Sachwerte zurückgegeben werden. Dabei bleibt die Zustimmung des Kongresses immer noch recht fraglich. Nach der Vorlage soll sich nämlich die amerikanische Regierung verpflichten, die Summen, die ihr aus den Reparationsleistungen zufließen, den deutschen Eigentümern gutzuschreiben. Das bedeutet, daß Amerika ausdrücklich auf die Reparationszahlungen verzichtet. Außer den 100 Millionen Dollar Obligationen, die den Schiffahrtsgesellschaften zufließen sollen, soll 50 Millionen der Eigentumsverwalter erhalten, der Sachwerte in diesem Betrage den früheren Eigentümern zurückgeben soll. Es wird also tatsächlich nur ein geringer Teil in deutschen Sachwerten zurückerstattet, während sich Amerika für die andern Werte auf die Vergütung durch Obligationen beschränkt.

Es gehört doch wohl eine bemerkenswerte Portion Optimismus dazu, auf diese mühsigen Kombinationen hin, die den deutschen Ansprüchen auch noch in keiner Weise gerecht werden, „Amerikawerte" zu jedem Preis zu kaufen. Daß sich die Baissespekulation eindeckt, kann man verstehen, wenn man weiß, welch umfangreiche Leerengagements laufen: Meinungskäufe erscheinen aber nach der heutigen Konstellation der Dinge nicht gerechtfertigt. Und es sieht bald so aus, als würde der zu mindest übertriebene Optimismus manchem recht teuer zu stehen kommen. An der Dresdner Börse zogen in dieser Woche die Aktien von Kurz von 78 Proz. auf 90 Proz., von Ver. Photo von 68 Proz. auf 77 Proz. und Albumingenüsse von 173 auf 212 an. Henden stiegen aus dem gleichen Grunde von 45 auf 58 Proz. und stellten sich nachbörslich auf 59 Proz.

In Berlin konzentriert sich die Kulisse auf den Schiffahrtsmarkt, der ganz exorbitante Steigerungen brachte. Neben der recht zweifelhaften Rückgabe der in Amerika beschlagnahmten Schiffe spielen die Fusionen eine große Rolle. Hier ist die spekulative Anregung wenigstens echt: rein rechnerisch ergibt sich nämlich für die Aktien der mit dem Lloyd fusionierten Linien heute noch eine Kurschance; sollen doch die Lloyd-Aktien mit Rücksicht auf die bevorstehende Kapitalerhöhung auf Pari gebracht werden. Und die Roland-Aktien, die rasch von 100 auf 115 Proz. stiegen, können rechnerisch nach dem Aktienumtausch mit 125 Proz. bewertet werden. Die übrigen Märkte liegen weiter verödet.

Die Kurse in Dresden haben sich — von der genannten Ausnahme abgesehen — ungefähr gehalten. Bemerkenswert waren lediglich die Verluste von Thür. Elektrizität (65—58), Loschwitzer Kartonnagen (die von 57,25 auf 52 sanken und sich am Sonnabend auf 54,5 erholten), Kahla (40—34,5) und Deutsche Jute (100—88). Die Umsätze blieben minimal, und da die zweite Hand nur selten eingriff, blieb es der Spekulation überlassen, die Kurse zu regulieren. Einen besonderen Grund zur lokal betonten Aufregung gab es diesmal nicht.

*

Der Geldmarkt hat sich natürlich nach dem Ultimo schnell entlastet, zumal die Börse in ihren Ansprüchen recht bescheiden war. Am Privatdiskontmarkt gibt man sich Mühe, die Notiz fast ohne Umsatz auf 6¼ Proz. zu halten. Mangel an Warenwechseln besteht dahingegen nicht . . . **H. Br.**

* * *

„Alle Angaben sind vorellig"

Eine Bestätigung unsrer Ansicht über die Frage der Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums bildet ein Telegramm, das der Hamburger Korrespondent des „B. T." an sein Blatt richtete und das folgenden Wortlaut hat: „Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten unter gleichzeitiger Befriedigung der amerikanischen Forderungsberechtigten werden bestimmte Angaben über die Höhe der den beteiligten Schiffahrtsgesellschaften hieraus entstehenden Anwartschaften verbreitet. Auf Anfrage bei sehr interessierter Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle derartigen Angaben und Schätzungen mindestens äußerst vorellig sind, weil es sich lediglich um private Abmachungen handelt. Niemand weiß, ob und in welcher Weise sie sich zu einer Vorlage verdichten und wie der amerikanische Kongreß sich dazu stellen wird. Selbst für den Fall der Verwirklichung des Projekts hängt die Höhe der Bewilligung ganz von der unbeeinflußten Schätzung eines Schiedsrichters ab, dem für die Festsetzung eine Höchstgrenze gezogen sein wird."

Um die Zusammenfassung der westdeutschen Montanindustrie

Soll die Gesundung an Kleinigkeiten scheitern?

Wie wir schon in Nr. 285 der „D. A. A." andeuteten, begründete Dr. Schacht in seiner Stuttgarter Rede seine günstigere Meinung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu einem wesentlichen Teile auch damit, daß die Nationalisierungsbestrebungen in Deutschland an Ausdehnung gewinnen. Um so erstaunlicher und bedauerlicher zugleich wirkte die Nachricht, daß die Verhandlungen um die Gründung des westdeutschen Montantrustes ergebnislos abgebrochen seien. Es wird allerdings bekannt, daß diese teilweise Aussetzung der Besprechungen im Interesse der Sache noch nicht einmal so günstig sei, und daß unverbindlich eine weitere Fühlungnahme der beteiligten Kreise andauere. Immerhin ein vorläufiger Abschluß ist erreicht, und es erscheint notwendig, sich über die Schwierigkeiten, die der Bildung des Montantrusts im Wege standen, klar zu werden, zugleich um für die zu erhoffende Wiederaufnahme der Verhandlungen das Hindernis zu bezeichnen, das weggeräumt werden muß . . . und kann.

*

Verfolgt man die wechselvollen Verhandlungen seit ihrem Beginn, so kann man folgende Schwierigkeiten der Reihe nach feststellen: Zunächst waren es grundsätzliche Bedenken, die sowohl in den beteiligten Kreisen als auch von Außenstehenden erhoben wurden. Fürchteten die einen eine Monopolisierung des gesamten Stahlmarktes in Deutschland, dadurch, daß der geplante Trust in der zunächst in Aussicht genommenen Fassung 81,83 Proz. der gesamten deutschen Halbzeugfabrikation kontrollieren würde, wurde von dieser Seite ebenfalls angeführt, daß die Gefahr einer Ueberfremdung der deutschen Ruhr-Montanindustrie vorliege, so erhoben die beteiligten Kreise andre Bedenken. Gute-Hoffnung-Hütte, Horsch, Rombach, Stinnes und Klöckner lehnten von vornherein eine Beteiligung ab, Krupp schied bald aus. Sie fürchteten den Verlust ihrer betrieblichen Eigenart, die bei dem neuen Gebilde nicht die gebührende Berücksichtigung im Interesse der Volkswirtschaft finden würde. Bei Krupp waren es Hemmungen mehr romantischer Art, er wollte seine alte Familienfirma nicht in einem Trustgebilde aufgehen sehen.

Alle diese Bedenken sind heute in den Hintergrund getreten. Aus den Generalversammlungen im Anilinkonzern und dem zum Teil bewegten Abschied, den die Leitungen der langjährigen Firmen von ihren Aktionären nahmen, erfaßt man, daß auch dieses horizontale Trustgebilde mit solchen Hindernissen schwer gekämpft, aber sie aus dem Wege geräumt hatte. Das gleiche gilt von der Berücksichtigung der betrieblichen Eigenarten. Auch hier hat der Farbentrust Möglichkeiten geschaffen, die allen Bedürfnissen gerecht werden. Die Bedenken wegen einer Monopolisierung oder einer Ueberfremdungsgefahr wurden von der Kritik hinter der Notwendigkeit zurückgestellt, daß irgend etwas zur Erhaltung der Ruhr-Montanindustrie sowie zur Abzahlung ihrer Schulden geschehen müsse, zumal die Verhandlungen bald zeigten, daß in beiden Punkten die Möglichkeit besteht, die deutsche Volkswirtschaft vor schlimmen Gefahren zu sichern.

*

Als unter den nunmehr noch vier Beteiligten, nämlich Rhein-Elbe (mit Bochumer Verein, Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen), Phönix, Thyssen und Rheinstahl die oben erwähnten Hemmungen beseitigt waren, wurde plötzlich die Steuerfrage in den Vordergrund geschoben. Die für die deutsche Volkswirtschaft so wichtige Fusionierung der Gesellschaften koste 50 Millionen Mark an Steuern. Der Staat, mit seiner irrsinnigen Steuerpolitik mache wie auf andern Gebieten so auch hier jede vernünftige Wirtschaftsführung unmöglich. Man muß sich schon daran gewöhnen, daß heute in allen Generalversammlungen, Geschäftsberichten, Reden usw. grundsätzlich der Staat als der Alleinverantwortliche hingestellt wird. Es ist an dieser Stelle niemals bestritten worden, daß die augenblickliche Steuerpolitik des Staates zu einem bedeutenden Teile mitverantwortlich für die derzeitige Wirtschaftslage ist, daß ohne diese hohe Steuerbelastung das Ziel einer Gesundung wesentlich schneller erreicht würde, aber man soll einen offenen Blick im einzelnen behalten. Höhere Steuern als in der Vorkriegszeit sind nun einmal für die deutsche Wirtschaft nötig. Der Staat muß in seiner Steuerpolitik wirtschaftsfreundlicher sein, aber anderseits muß auch die Wirtschaft sich mit dieser Tatsache abfinden.

Die Steuerschwierigkeiten sind auch kein wirklicher Hinderungsgrund gewesen. Denn in diesem Stadium scheiterten die Verhandlungen nicht. Erst in den letzten Wochen hat sich gezeigt, wo die eigentlichen Schwierigkeiten lagen, die nicht mehr verheimlicht werden konnten. Es war, wie immer in allen deutschen Verbandsverhandlungen, die leidige Quotenfrage: Welche Rolle sollte das einzelne Unternehmen in dem neuen Trust spielen? Die Aktienkapitalien konnten nicht als Grundlage genommen werden, dazu war bei der Umstellung viel zu verschieden verfahren worden, anderseits war dieser Maßstab bei Thyssen überhaupt nicht anzuwenden. Die augenblickliche Rentabilität, etwa gemessen an Umsatziffern, war wegen der außerordentlichen Verhältnisse der Gegenwart nicht anwendbar, die zukünftige ließ sich nicht abschätzen. Als einzigen festen Maßstab hatte man die Beteiligungsziffern am Kohlensyndikat bzw. an der Rohstahlgemeinschaft. Sie stellen sich wie folgt:

	Rohstahlgemeinschaft	Kohlensyndikat
	in Millionen Tonnen	
Rhein-Elbe-Union . . .	1,7	20,8
Phönix	1,7	8,3
Thyssen	1,7	6,8
Rheinstahl	1,0	6,4
	6,1	41,6
	= 41,66 Proz. der Gesamtproduktion	= 32,2 Proz. der Gesamtproduktion

Hierauf hat man folgende Beteiligungsquoten für den Montantrust festgesetzt: Rhein-Elbe-Union 36 Proz., Phönix und Thyssen je 27 Proz., Rheinstahl 10 Proz. Aber schon meldete sich Gelsenkirchen und reklamierte seine Quote als zu klein. Weitere Schwierigkeiten entstanden durch die Vertikalverpflichtung der Rhein-Elbe-Union-Werke mit Siemens-Schuckert sowie in der Beteiligung des Anilintrusts bei Rheinstahl, die der Sicherung der Kohlenzufuhr dient. Nur sollte man eigentlich die Erkenntnis vorausstellen, daß die Vertikalidee überlebt ist und durch die wesentlich bessere horizontale Zusammenfassung ersetzt werden muß. Warum soll also Vertikalverpflichtung ein Hinderungsgrund für den horizontalen Montantrust sein? Man hat sich zunächst dadurch zu helfen versucht, daß man die Kohlenbeteiligungen gänzlich herauslassen wollte. Da aber meldeten sich wieder andre Schwierigkeiten, die immer auf die leidige Quotenfrage zurückgeführt werden können: die Verteilung der Kunden sowie die Sicherung der betrieblichen Eigenart, kurz, an der Quotenfrage ist, zunächst wenigstens, der Montantrust gescheitert, privatwirtschaftliche Forderungen haben volkswirtschaftliche Erwägungen zurückgedrängt. Man darf auch so sagen: Die Substanz, der augenblickliche Produktionsumfang hat wieder einmal vor der Rente der zukünftigen Leistungsfähigkeit gesiegt. –

*

Nun ist als Ausweg vorgeschlagen worden, zunächst nur eine Interessengemeinschaft zu gründen, in der die Bindungen kurzfristiger und loser sein sollen. Hiergegen wurde geltend gemacht, daß eine Interessengemeinschaft die ausländischen Kreditverpflichtungen der Werke viel schwieriger schließen könne als ein fester Trust. Aber gibt es denn nicht die Solidarhaft? Die Interessengemeinschaft wäre ein Notbehelf, sie könnte sowohl die betriebstechnische als auch die finanzielle Sanierung sichern. Sie kann vor allem das eigentliche Hindernis beseitigen, indem sie nämlich die Feststellung der zukünftigen Rentabilität als einzig wünschenswerte Grundlage für die eigentliche Struktur des Trustes auf später verschiebt. Die Steuerfrage erscheint ebenfalls nicht unlösbar. Für den Staat kommt diese Steuereinnahme überraschend und unerwartet. Warum läßt sich nicht denken, daß man den Staat mit Obligationen an Stelle der Steuersumme entschädigt? Die Uebergabe eines Aktienpaketes sollte, so vorteilhaft sie als Kontrollmöglichkeit im Hinblick auf die Ueberfremdung- und Monopolisierungsgefahr gerade dieses Trustes auch sein könnte, nicht unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Es kommt doch nicht darauf an, daß jetzt ein Trust geschaffen wird, indem Rheinstahl X Proz. und ein andrer Y Proz. Beteiligung hat, nicht Firmen sollen gerettet, sondern Deutschlands Wirtschaft soll saniert werden, irgend etwas muß geschehen.

*

Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden, und wenn andre Industrien mit nicht minderen Hindernissen fertig geworden sind, so der Anilintrust, die Kaliindustrie, die dauernd siedet, usw., so sollte man glauben, daß auch hier Auswege gefunden werden können. Dr. Schacht hat klar zum Ausdruck gebracht, wie wichtig für seine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und für seine Kreditpolitik die Rationalisierungstendenzen der deutschen Wirtschaft sind. Ratio kommt aus dem Lateinischen und heißt Vernunft, die Vernunft aber sagt, daß irgendein Zusammenschluß nötig ist. Die oberschlesische Montanindustrie ist bereits nach der Verstaatlichung mit einem großzügigen Programm herausgekommen, ermöglicht nur durch den Zusammenschluß. Die fiskalischen und die polnisch-oberschlesische Eisenindustrie haben sich in einem Kartell geeinigt, die andern osteuropäischen Eisenindustrien sind nicht müßig, England hat neuerdings neun Millionen für Subventionierung seiner Kohlenindustrie bewilligt, die uns bis weit ins Herz Deutschlands hinein in viel Konkurrenz macht, die Stillegungen aller Werke mehren sich, es wachsen die Arbeitslosenziffern, der Pessimismus an der Börse bekommt durch jede Kleinigkeit Nahrung, die Regierung, die Steuern herabsetzen soll, wird um Subventionen gebeten . . . und da soll die Rationalisierung der westdeutschen Montanindustrie an Kleinigkeiten scheitern? Man lasse die Vernunft reden!

Spectator

Die Lage im Westerzgebirge verschlechtert sich weiter

Aufträge müssen mangels Betriebskapitals abgelehnt werden

Im westlichen Erzgebirge hat sich die geschäftliche Lage weiter verschlechtert. Wenn auch vielleicht die Metallindustrie die hauptsächlichste ist, so verschärft sich doch auch in den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes die Krisis. Kurzarbeit und Entlassungen mehren sich. Die Kreditkrisis droht die ernstesten Folgen anzunehmen; man hört von einer ganzen Reihe von Fällen, in welchen die Ausführung von Aufträgen infolge Mangels an Kapital bzw. Kredit abgelehnt werden mußte. Es besteht dadurch auch die Gefahr, daß gut eingeführte Exportfirmen immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden, weil sie den Anforderungen des bestellenden Auslandes nicht gerecht werden, was glücklicherweise bisher kaum oder nur ganz vereinzelt der Fall gewesen ist.

Während im Spinnstoffgewerbe und in der Strickwarenindustrie, besonders in der letzteren, die Lage noch einigermaßen befriedigend ist, trat in der Schneeberger und Eibenstocker Stickereiindustrie eine empfindliche Verschlechterung der Verhältnisse ein. Die Zahl der arbeitslosen Sticker und Stickerinnen, die bisher noch verhältnismäßig gering war, mehrt sich zusehends. Die Eibenstocker Bunstickerei dagegen hatte in einer Reihe von Betrieben noch leidlich zu tun, während andre ebenfalls klagen.

Die Wäscheindustrie hat noch mittelmäßige Aufträge vorliegen, aber auch nicht in dem gleichen Maße, wie im Vorjahre um die Weihnachtszeit. Plätterinnen waren teilweise noch recht gesucht. Die Bürsten- und Pinselindustrie leidet weiter Not.

Verschiedenes

Die Noten der Privatnotenbanken als Zahlungsmittel. Die Münchner Handelskammer hat einen Antrag angenommen, der darauf abzielt, daß in Zukunft die Noten der deutschen Privatnotenbanken bei allen Niederlassungen der Reichsbank im ganzen Reiche in Zahlung genommen und auch von den Kassen der Reichspost und Eisenbahn als Zahlungsmittel anerkannt werden.

Kunstseidenfabrikpläne in Lettland. Die bereits seit einiger Zeit in Lettland schwebenden Pläne zur Errichtung einer Kunstseidenfabrik haben sich nach einer Information des „Konfektionär" nunmehr weiter verdichtet. Die Flachsspinnerei Hoff in Pitka interessiert sich ernsthaft für die Errichtung einer Kunstseidenfabrik in Lettland.

Korb-Möbel
zeitgemäß und solide
Reimann
Prager Str. 25

Möbel
Infolge günstigen Einkaufs verkaufen wir zu
außergewöhnlich billigen Preisen:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
Einzelne Möbel jeder Art!
Klubgarnituren
Riesige Auswahl!
Lagerung kostenfrei!
Möbelhaus und Werkstätten
Max Jaffé Söhne
34 Marschallstraße 34
Versand nach auswärts! Sonntag geöffnet.

Ein wundervolles Weihnachtsgeschenk!
extrafein fein mittel dick breit schräg ganz schräg Kugelsp.
Hardtmuth-Goldfüllfeder
Eine ganz besondere Freude zum Weihnachtsfest bereiten Sie mit einer Hardtmuth-Goldfüllfeder. Hunderte verschiedene Spitzen ermöglichen es, für jede Hand eine passende Feder zu finden. Wir leisten volle Gewähr für jedes Stück und tauschen nicht passende Federn auch nach Weihnachten völlig kostenlos um.
Eine Hardtmuth-Goldfüllfeder ist ein nützliches Geschenk für das ganze Leben.
In allen Schreibwarenhandlungen von M. 9.– aufwärts zu haben!
Prospekte und Angabe von Verkaufsstellen kostenlos durch:
KOH-I-NOOR-Bleistiftfabrik L. & C. Hardtmuth, Dresden-A.

NERVENLEIDENDE
BROMAEX
BERO GM
FRANKFURT A.M.
NEHMEN „BROMAEX"
IN ALLEN APOTHEKEN FLASCHE M 2.50, WO NICHT ERHÄLTLICH GENAUE KARTE AN UNS.

Hausbrandkohle
anerkannt heizkräftig
ab Kahn Albertbrücke
bei 50 Zentnern in Fuhren:
M. 0.90 per Zentner
in einzelnen Zentnern:
M. 1.00 per Zentner
laufend täglich zu haben.
Fernsprecher